



« zurück

## CH/CO<sub>2</sub>-Gesetz: Energie-Agentur der Wirtschaft warnt vor strengem Gesetz (AF)

12.08.2010 17:20

(Meldung umfassend erweitert)

Bern (awp/sda) - Die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes gefährde die freiwilligen Beiträge von Firmen zum Klimaschutz, warnt die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW). Falls das neue Gesetz die Ziele zur Einsparung von Treibhausgasen vorschreibe, gehe ein erfolgreiches Kooperationsmodell verloren.

Mit freiwilligen Massnahmen hätten jene 2000 Unternehmen, die sich der EnAW angeschlossen haben, im Jahr 2009 ein Rekordergebnis geliefert, hiess es am Donnerstag vor den Medien in Bern: Erstmals habe die CO<sub>2</sub>-Reduktion die Schwelle von einer Million Tonnen überschritten. Zum Vergleich: Im Jahr 2008 wurden in der Schweiz 53,2 Millionen Tonnen Treibhausgase ausgestossen.

Bereits heute trügen hunderte Firmen aufgrund freiwilliger Abkommen mit dem Bund zum Klimaschutz bei. "Nicht die Wirtschaft ist das Problem, sie ist die Lösung", machte EnAW-Präsident Pascal Gentinetta, der auch Direktor des Wirtschaftsdachverbandes economiesuisse ist, Werbung in eigener Sache. Das Prinzip der Freiwilligkeit sei der Königsweg, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu verringern.

Heute fördert und vermittelt die EnAW Zielvereinbarungen zwischen Unternehmen und dem Bund. Je nach Grösse und Tätigkeit der Firma werden Reduktionsziele vereinbart. Lässt sich ein Unternehmen auf ein verpflichtendes Reduktionsziel ein, wird es bei Erreichen des Ziels von der CO<sub>2</sub>-Abgabe des Bundes befreit.

Vor allem grosse Industriefirmen nutzen die Zielvereinbarungen. Nachholbedarf ortet die EnAW bei den kleineren und mittleren Unternehmen (KMU). Ende 2009 zählte die EnAW 217 KMU, die sich zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bereit erklärt hatten.

Das Bundesamt für Energie (BFE) hofft, dass sich künftig mehr KMU verpflichten, Treibhausgase zu reduzieren, wie BFE-Sprecherin Marianne Zünd auf Anfrage sagte. Mit den vielen KMU Zielvorgaben auszuhandeln, bedeute aber einen viel grösseren Beratungsaufwand für die Energie-Agentur.

Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz müsse diese Herausforderungen berücksichtigen. Im Gesetzesentwurf schlägt der Bundesrat beispielsweise vor, für einzelne Wirtschaftszweige Reduktionsziele festzulegen - heute wird für jede Firma ein eigenes Reduktionsziel festgelegt.

Neue Vorschriften durch das CO<sub>2</sub>-Gesetz will die EnAW aber gerade verhindern: "Es bleibt zu hoffen, dass das Erfolgsmodell mit hohem Freiheitsgrad auch in der künftigen Gesetzgebung berücksichtigt bleibt", hielt Gentinetta fest.

Der Bundesrat schlage im Rahmen der laufenden Gesetzesrevision vor, die Reduktionsziele der Unternehmen durch staatliche Vorgaben zu ersetzen, erklärte der EnAW-Präsident. Weiter werde erwogen, kleineren Firmen ihre heutigen Entscheidungsspielräume wegzunehmen. Neu wolle der Bund

Datum: 12.08.2010

# FINANZ und WIRTSCHAFT



**Energie-Agentur**  
DER WIRTSCHAFT ENAW

Verlag Finanz und Wirtschaft  
8021 Zürich  
01/ 298 35 35  
www.fuw.ch

Medienart: Internet  
Medientyp: Publikumszeitschriften

Themen-Nr.: 605.7  
Abo-Nr.: 1064933

welche Wirtschaftszweige sich überhaupt noch von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen dürfen.

Wenn das Parlament diesen Ansatz bestätige, sei das erfolgreiche Kooperationsmodell zwischen den Firmen, der EnAW und dem Bund gefährdet, warnte Gentinetta.

Anderer Meinung ist das Bundesamt für Energie: Es brauche neue Instrumente, um die CO<sub>2</sub>-Reduktionen auch in Zukunft zu gewährleisten, sagte BFE-Sprecherin Zünd. Ab 2012 werde sich zeigen, ob das Erfolgsmodell der Energie-Agentur weiter Bestand habe.

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz bildet in der Schweiz die Basis für die Klimapolitik und regelt die Massnahmen bis Ende 2012. Es muss deshalb für die Zeit ab 2013 weiterentwickelt werden. Der Bundesrat hatte dem Parlament vor rund einem Jahr eine entsprechende Botschaft unterbreitet.

Der Nationalrat hat das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz bereits behandelt. Er möchte erreichen, dass in zehn Jahren 20 Prozent weniger Treibhausgase in die Luft gelangen als 1990. Dieses Ziel soll ausschliesslich mit Umweltschutz-Massnahmen im Inland erreicht werden. Der Ständerat hat noch nicht über die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes abgestimmt.

rt

« zurück